



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/918**

A09

1. März 2023

Seite 1 von 9

Telefon 0211 871-3267

Telefax 0211 871-163267

für die Mitglieder  
des Innenausschusses

**Sitzung des Innenausschusses am 02.03.2023**  
**Antrag der Fraktion der SPD vom 16.02.2023**  
**„Sprunghafter Anstieg der Drogenkriminalität in Nordrhein-Westfalen“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Sprunghafter Anstieg der Drogenkriminalität in Nordrhein-Westfalen“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht**  
**des Ministers des Innern**  
**für die Sitzung des Innenausschusses am 02.03.2023**  
**zu dem Tagesordnungspunkt**  
**„Sprunghafter Anstieg der Drogenkriminalität in**  
**Nordrhein-Westfalen“**

Antrag der Fraktion der SPD vom 16.02.2023

Ausweislich der Lagebilder Rauschgiftkriminalität des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen stiegen die Fallzahlen der Rauschgiftkriminalität in Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren an, wobei dieser Anstieg nicht linear verlief. So erhöhten sich die Fallzahlen der Rauschgiftkriminalität von 57 167 Fällen im Jahr 2013 auf einen Höchststand von 75 000 Fällen im Jahr 2021. Für das Jahr 2022 ist ein Rückgang auf 71 025 Fälle zu verzeichnen.

Bei der Betrachtung der Fallzahlen im Kontext der Rauschgiftkriminalität ist in die Bewertung mit einzubeziehen, dass dieser Deliktsbereich zur Kontrollkriminalität zählt, da derartige Delikte in der Regel weder von Beteiligten noch von Dritten bei den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden. Die polizeilich registrierten Fallzahlen werden deshalb maßgeblich von den Kontroll- und Ermittlungsaktivitäten und vom Umfang der eingesetzten Ressourcen der Strafverfolgungsbehörden beeinflusst. Mehr Kontrollen und mehr Personal ziehen zwangsläufig auch höhere Fallzahlen nach sich.

Verlässliche Erkenntnisse zum Umfang des Dunkelfeldes der Rauschgiftkriminalität liegen der Landesregierung nicht vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Verfügbarkeit von Rauschgift auf dem europäischen Markt steigt. Dies ist auf Grund regelmäßiger Sicherstellungen von beispielsweise Kokain im Tonnenbereich in den europäischen Überseehäfen anzunehmen. Im Jahr 2020 erfolgten in Nordrhein-Westfalen in vier Fällen ebenfalls Großsicherstellungen von Kokain mit insgesamt 999 Kilogramm. Da im Hinblick auf die Verfügbarkeit von sowie die Preise für



Rauschgift in Nordrhein-Westfalen trotz der Großsicherstellungen keine erkennbare Verknappung oder Preisschwankungen feststellbar sind, dürfte weiterhin eine hohe Verfügbarkeit von Rauschgift auf dem illegalen Markt gegeben sein.

Die Erfassung der Todesfälle im Zusammenhang mit Rauschgift beruht auf den polizeilich erfassten Todesfällen und erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien. Die Anzahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Rauschgift ist seit dem Jahr 2018 von 240 kontinuierlich auf 703 Rauschgifttote im Jahr 2022 angestiegen.

Bei der Betrachtung von Unterschieden zwischen den Ländern in Bezug auf Drogentodesfälle, zu denen auch methodische Gründe beitragen können (z. B. Unterschiede bei der Identifikation von Drogentodesfällen), wäre es aus suchtfachlicher Sicht wichtig, die Anzahl der Todesfälle in ein Verhältnis zu der Zahl der schwer drogenabhängigen Menschen zu setzen. Da die Betroffenen zum Großteil in prekären Verhältnissen leben, können sie allerdings nur schwer mit den gängigen statistischen Methoden erfasst werden. Verlässliche Daten zu in den einzelnen Ländern lebenden schwer drogenabhängigen Menschen liegen daher dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht vor. Ohne diese Basisrate lässt sich nicht beurteilen, ob in Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich mehr oder weniger drogenabhängige Menschen in Folge des Drogenkonsums versterben. Um - unter Hinweis auf die vorgenannten Faktoren - eine Vergleichbarkeit trotzdem zu ermöglichen, wurden die vom Bundeskriminalamt veröffentlichten Belastungszahlen für das Jahr 2021 (für das Jahr 2022 wurden diese bislang nicht veröffentlicht) herangezogen, welche die Anzahl der Rauschgifttoten pro 100 000 Einwohner angeben. Bezogen auf die 693 Rauschgifttoten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021, beträgt die Belastungszahl demnach 3,9. In Nordrhein-Westfalen ist im Jahr 2021 nach Berlin (6,1) und Hamburg (4,1) die drittgrößte Belastungszahl zu verzeichnen, gefolgt von Bremen (3,7).

Der Anstieg der Anzahl der Rauschgifttoten dürfte insbesondere auf die deutliche Steigerung der Todesfälle infolge konsumbedingter Gesundheitsschädigungen bei Langzeitkonsumierenden zurückzuführen sein.



Die Gesundheitsschädigungen werden hierbei durch einen jahrelangen missbräuchlichen Konsum von Betäubungs- und Ausweichmitteln oder Ersatzstoffen - auch in Verbindung mit Arzneimitteln - verursacht. Bei 69,4 % der Rauschgifttoten im Jahr 2022 handelte es sich um Langzeitkonsumierende. Das Durchschnittsalter der Rauschgifttoten stieg von 42 Jahren im Jahr 2018 auf 43,8 Jahre im Jahr 2022 an.

Auch beim unmittelbar tödlichen Rauschgiftmissbrauch sind seit dem Jahr 2018 steigende Fallzahlen festzustellen. Von 79 Fällen des unmittelbar tödlichen Rauschgiftmissbrauchs im Jahr 2018 stieg die Anzahl derartiger Fälle im Jahr 2022 auf 211 an. Dies kann auch für die Anzahl der rauschgiftindizierten Suizide konstatiert werden. Von sechs rauschgiftindizierten Suiziden im Jahr 2018 stiegen die Fallzahlen kontinuierlich auf 55 im Jahr 2022 an.

Ein Faktor, der zu den gestiegenen Fallzahlen beigetragen haben könnte, ist die eingeschränkte Verfügbarkeit niedrigschwelliger Suchthilfeangebote während der Corona-Pandemie. Werden etablierte Angebote eingeschränkt, können die jeweiligen Maßnahmen ihre Wirkung nicht mehr voll entfalten. Darüber hinaus könnte auch die gesunkene Anzahl der Konsumvorgänge in den Drogenkonsumräumen in Nordrhein-Westfalen von ca. 298 000 Vorgängen im Jahr 2019 auf ca. 212 000 Vorgänge im Jahr 2021 eine mögliche Einflussgröße bei der Entwicklung der Fallzahlen sein. Denn Drogenkonsumräume bieten nicht nur einen geschützten Rahmen mit guten hygienischen Bedingungen für den Substanzkonsum und unverzügliche Hilfe bei Konsumnotfällen. Sie spielen auch eine wichtige Rolle bei der Beratung der Rauschgiftkonsumierenden, insbesondere im Hinblick auf Konsumalternativen. Weitere mögliche Einflussfaktoren auf die Zahl der Rauschgifttoten während der Corona-Pandemie sind beispielsweise Einschränkungen bei der Verfügbarkeit von Entgiftungsplätzen, geringere Inanspruchnahme von Suchthilfe- oder medizinischen Angeboten durch Rauschgiftkonsumierende auf Grund von Angst vor Ansteckung mit dem Corona-Virus oder häufigerer Konsum ohne Anwesenheit anderer und dadurch fehlende schnelle Hilfe bei Konsumnotfällen.



Die Polizei Nordrhein-Westfalen verfolgt bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität einen ganzheitlichen Ansatz, im Rahmen dessen neben konsequenten strafrechtlichen Ermittlungen auch die Möglichkeiten der Kriminalprävention einbezogen werden. Die Strafverfolgungsbehörden müssen bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität alle Ebenen des Rauschgifthandels, vom örtlichen Kleinhandel über den regionalen und überregionalen Zwischenhandel bis zum national oder international organisierten Großhandel, einbeziehen.

Die erfolgreiche Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität erfordert zunächst die nachhaltige Reduzierung des Rauschgiftangebots, da der Rauschgiftkonsum in erheblichem Maße von der Verfügbarkeit der illegalen Drogen abhängt. Eine wirksame Reduzierung des Angebots illegaler Drogen lässt sich nur erreichen, wenn vor allem der organisierte Rauschgifthandel als Teil der Organisierten Kriminalität bekämpft wird. Vorrangiges Ziel polizeilicher und justizieller Maßnahmen ist daher, die Strukturen der Organisierten Kriminalität zu bekämpfen. 59 der 90 im Jahr 2021 durch die Polizei Nordrhein-Westfalen geführten Ermittlungsverfahren der Organisierten Kriminalität richteten sich gegen kriminelle Gruppierungen, deren kriminelle Hauptaktivität der Handel mit Rauschgift - vornehmlich mit Cannabisprodukten und Kokain - darstellte.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz ist insbesondere durch die Einrichtung der Zentral- und Ansprechstelle für die Verfolgung Organisierter Straftaten in Nordrhein-Westfalen (ZeOS NRW) und weiterer Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Organisierte Kriminalität sichergestellt worden, dass – sofern bezirksübergreifende, länderübergreifende oder internationale Tatzusammenhänge erkennbar sind – eine zentrale staatsanwaltschaftliche Aufgabenwahrnehmung bei der Strafverfolgung erfolgt, um auf diese Weise Erkenntnisse zu bündeln und neue Ermittlungsansätze zu gewinnen. Dies gilt insbesondere auch für die Organisierte Betäubungskriminalität und hat in jüngerer Zeit zu beachtlichen Ermittlungserfolgen unter der Leitung der ZeOS NRW geführt (zu vgl. - beispielhaft - Pressemitteilung vom 16.12.2022, abrufbar unter <https://rp-online.de/nrw/panorama/neun-festnahmen-bei-schlag-gegen-drogen-bande-in-nrw-aid-81576955>, und vom 13.02.2023, abrufbar unter



[https://www.zoll.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/Rauschgift/2023/z80\\_drogenhandel\\_geldwaesche\\_zfa\\_e.html](https://www.zoll.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/Rauschgift/2023/z80_drogenhandel_geldwaesche_zfa_e.html)).

Seite 6 von 9

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit gelungenen Infiltrierung kryptierter Mobiltelefonanbieter und der hieraus resultierenden erhöhten Fallaufkommen werden die Strafverfolgungsbehörden stetig vor neue tatsächliche und rechtliche Herausforderungen gestellt. Angesichts dessen prüft die Landesregierung aufgrund der jeweils aktuellen Erkenntnislage fortlaufend, ob Anlass zu weiteren Maßnahmen oder Initiativen besteht, die geeignet sind, Kriminalität im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln noch effektiver zu bekämpfen.

Im Kontext der Bekämpfung des organisierten Rauschgifthandels als Teil der Organisierten Kriminalität sowie der Bekämpfung der Kriminalität im Grenzraum ist auf Grund der geografischen Lage Nordrhein-Westfalens, aus der erhebliche Einfuhrmengen von Betäubungsmitteln aus den Niederlanden nach Nordrhein-Westfalen resultieren, die internationale Zusammenarbeit von hoher Bedeutung.

Im Rahmen der nationalen sowie internationalen polizeilichen Zusammenarbeit erfolgt seit vielen Jahren der Informationsaustausch zur Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität zwischen dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei, der niederländischen und der nordrhein-westfälischen Polizei. Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen und sein niederländisches Pendant in Driebergen haben jeweils einen Verbindungsbeamten ausgetauscht; auf Fachebene sind deliktsbezogen sowie in den Grenzbehörden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt. Diese tauschen sich regelmäßig, aber auch anlassbezogen aus. Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen steht zudem durch Partizipation als assoziierter Partner in Arbeitsgruppen der Benelux-Union auch auf strategischer Ebene in einem konstanten Austausch zu angrenzenden Nachbarstaaten mit großen Einfuhrhäfen. Darüber hinaus bestehen enge Kontakte zu Europol und Eurojust. Einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität leistet ferner das Büro für Euregionale strafrechtliche Zusammenarbeit.



Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen ist zudem in der Ständigen Arbeitsgruppe Rauschgift, einem kriminalpolizeilichen Fachgremium zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität unter Vorsitz des Bundeskriminalamtes mit internationaler Besetzung, vertreten.

Gemeinsame operative Maßnahmen im Rahmen des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten erfolgen beispielsweise in Form Grenzüberschreitender Polizeiteams. Die grenzüberschreitende Kooperation Polizeiliche Euregio Rhein-Maas-Nord befasst sich unter anderem mit dem Deliktsbereich der Betäubungsmittelkurierfahrten. Regelmäßig werden Fahndungstage beziehungsweise sogenannte Korridorfahndungen unter Bildung gemeinsamer Polizeistreifen mit der niederländischen Polizei durchgeführt.

Neben der Bekämpfung des Handels mit Kokain ist im Hinblick auf die geografische Lage Nordrhein-Westfalens die Bekämpfung der Herstellung und des Handels mit synthetischen Drogen von erheblicher Bedeutung. Denn Betreiber hochprofessionell eingerichteter Großlabore produzieren im industriellen Rahmen - sowohl in den Niederlanden als auch in Nordrhein-Westfalen - synthetische Drogen. Dies geht vielfach mit dem sogenannten Dumping einher, bei dem die im Rahmen der Produktion angefallenen - als gefährlich und besonders überwachungsbedürftig einzustufenden - chemischen Abfälle illegal entsorgt werden. Da die Entsorgung beispielsweise durch Entleeren der Abfallchemikalien in Oberflächengewässer erfolgt, sind hiermit gravierende Gefahren für die Umwelt verbunden. Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen nahm an einem mit EU-Mitteln geförderten interdisziplinären Projekt teil, welches der Verbesserung der Kompetenz der Polizei hinsichtlich der Identifizierung illegaler Produktionsstätten dient. Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen setzt die in diesem Kontext entfalteteten Aktivitäten auch nach dem formalen Abschluss des Projekts im Jahr 2022 weiter fort.

Neben der Bekämpfung des organisierten Rauschgifthandels als Teil der Organisierten Kriminalität ist auch die Bekämpfung des gewerbsmäßigen



Straßen- und Kleinhandels sowie die Erschwerung des Erwerbs von illegalen Suchtstoffen zum Konsum durch die örtlichen Polizeibehörden von wesentlicher Bedeutung. Dabei legen die Kreispolizeibehörden die örtlichen Bekämpfungsstrategien gegen Rauschgiftkriminalität unter Berücksichtigung ihrer Ressourcen selbstständig fest und führen hierzu beispielsweise Maßnahmen im Rahmen von Präsenzkonzepten durch. Hierdurch können gezielt Orte in den Blick genommen werden, an denen sich die Drogenszene verfestigt hat.

Da Suchtmittelkonsum und Abhängigkeit treibende Faktoren der Kriminalität sind, sind kriminalpräventive Maßnahmen zur Reduzierung der Anzahl der Konsumierenden von wesentlicher Bedeutung. Kriminalpräventive Maßnahmen dienen der Reduzierung von Straftaten unter dem Einfluss von Suchtmitteln sowie der Vermeidung von Beschaffungskriminalität. Zugleich vermag eine zielgruppenspezifische Suchtprävention Suchtmittelkonsum und der Entwicklung von Suchterkrankungen vorzubeugen. Dies stellt ein gesamtgesellschaftliches Ziel dar. Hauptzielgruppe ist aufgrund der besonderen Schutzbedürftigkeit die Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Dabei findet vor allem der Jugendschutz im Rahmen der polizeilichen Präventionsarbeit Berücksichtigung.

Darüber hinaus informiert die Polizei Nordrhein-Westfalen über rechtliche Aspekte, Verbreitungswege und Konsequenzen der Betäubungsmittelkriminalität. Sie unterstützt die originär zuständigen Präventionsträger, um die Entstehung von Sucht und möglicherweise damit verbundene Straftaten zu verhindern. Die Kriminalkommissariate Kriminalprävention und Opferschutz (KK KP/O) der Kreispolizeibehörden fördern auf kommunaler bzw. bezirklicher Ebene die Zusammenarbeit insbesondere mit Schulen, Einrichtungen der Suchtprävention und Suchthilfe sowie Gesundheits- und Jugendämtern. Sie wirken in kriminalpräventiven Gremien und Netzwerken der Sucht- und Drogenprävention mit. Zu den Kooperationspartnern gehört u. a. die Suchtkooperation Nordrhein-Westfalen. Träger der Landesfachstelle Prävention der Suchtkooperation Nordrhein-Westfalen ist die „ginko Stiftung für Prävention“. Die Polizei Nordrhein-Westfalen tauscht sich regelmäßig eng mit der „ginko Stiftung für Prävention“ aus,





um frühzeitig Phänomene und Trends zu erkennen und diesen durch gezielte Präventionsmaßnahmen gemeinsam entgegenwirken zu können.

Seite 9 von 9

Zwischen dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen und den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern der KK K/PO der 47 Kreispolizeibehörden findet ein regelmäßiger Austausch in Form von Dienstbesprechungen zu aktuellen Themen der Kriminalprävention im Zusammenhang mit Rauschgiftkriminalität statt.

Die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention richtete zudem eine Bund-Länder-Projektgruppe „Drogenprävention mit Schwerpunkt auf ‚Neue psychoaktive Stoffe‘“ ein, an der die Polizei Nordrhein-Westfalen als Projektgruppenmitglied teilnimmt und die sich in diesem Jahr mit dem Thema befasst.

Darüber hinaus werden auf der Internetseite der Polizei Nordrhein-Westfalen regelmäßig Informationen und Warnhinweise für die Bevölkerung zu den Themen Sucht- und Drogenprävention eingestellt und fortlaufend aktualisiert.